

## Resolution zur Endlagersuche in der Schweiz

Die SPD-Landtagsfraktion nimmt die Ankündigung der NAGRA, ein Endlager für radioaktive Abfälle der Schweiz in Nördlich Lägern errichten zu wollen, zur Kenntnis und knüpft daran die nachfolgenden Forderungen:

1. Die Information der Bevölkerung über die weiteren Planungen und Schritte auch auf deutscher Seite muss in allen betroffenen Landkreisen zeitnah erfolgen. In der Vergangenheit war die Informationspolitik nicht immer ausreichend und wirklich transparent.
2. Der Vorschlag der NAGRA lässt noch viele Fragen offen und bedarf daher noch einer gründlichen Prüfung, insbesondere hinsichtlich der Auswirkungen der zu erwartenden Strahlungsemissionen auf Mensch und Umwelt, der Risiken für Grund- und Oberflächenwasser und damit auch für das Trinkwasser sowie bezüglich der Anforderungen an eine Umweltverträglichkeitsprüfung vergleichbar mit der UVP im EU-Recht.
3. Es ist sicherzustellen, dass die deutsche Seite bei Gesprächen zu allen Fragen der Endlagersuche besser als bisher vertreten ist und auf Augenhöhe verhandeln kann.
4. Aufgrund der nicht unerheblichen Belastung der Bevölkerung auch auf deutscher Seite sind Kompensationszahlungen unumgänglich und mit allen betroffenen Gebietskörperschaften (Konstanz, Waldshut-Tiengen, Schwarzwald-Baar-Kreis und Kreis Lörrach) unter Mitwirkung der Bundesregierung und der Landesregierung auszuhandeln.
5. Die endgültige Regelung der Auflagen an die Endlagerung und die Kompensation für die angrenzenden Regionen in Deutschland muss in einem Staatsvertrag geregelt werden.

Konstanz, 14. September 2022